

Es gibt Bereiche, da kommen wir ohne Bündnispartner_innen einfach nicht weiter.

Nehmen wir die Migran_innenfamilien. Wenn dort jemand im Coming-out ist, sollte er oder sie wissen, dass es uns gibt, damit er/sie in der Gemeinschaft von Lesben und Schwulen unterschiedlichen Alters selbstverständliches Lesbisch- und Schwulsein mitbekommt. Aber wie erfahren sie, dass wir existieren? Na über die Lehrer_innen in der Schule, über die Sachbearbeiter_innen in den Beratungsstellen und Behörden usw.

Denn einfach Flugblätter auf einem Internationalen Sommerfest verteilen, das erreicht die Leute nicht, die wir auf uns aufmerksam machen wollen. Es werden höchstens vielleicht noch unliebsame Leute auf uns aufmerksam.

Zu unseren Bündnispartner_innen gehören also alle öffentlichen Stellen, und wir sollten sie dabei ruhig in die Pflicht nehmen. Es ist ja keineswegs mehr so, dass wir eine Anmaßung an sie herantragen, wenn wir sie um Hilfe bitten, sondern dass sie gegen ihre Verpflichtungen verstoßen, wenn sie dabei homophob reagieren, was wir gegebenenfalls mit großem Radau in die Öffentlichkeit zu tragen wissen. Denn genau das ist unser Mittel, Druck auszuüben, beim CSD und überhaupt, damit sie als Spießherren entlarvt werden.

Auch die Polizei zu rufen, wenn es homophobe Übergriffe gab, geht unterdessen. Wenn früher die Polizei uns eher befragen und registrieren wollte, wenn sie bei Angriffen auf Schwule zuerst einmal andere Schwule verdächtigte, um ihre Rosa Listen zu füllen, können wir heutzutage ihr Einschreiten fordern, zum Beispiel bei Demo-Paraden oder Festen auf öffentlichen Plätzen.

Als uns die Bundesrepublik noch mit dem § 175 StGB verfolgte, konnte man nicht zur Polizei gehen, wenn man z.B. von einem Stricher verprügelt und ausgenommen wurde oder von der hinterm Vorhang stehenden Nachbarin erpresst wurde. Heute freuen sich manchmal schwule Paare, wenn sie in der Stadt Händchenhalten oder sich küssen wollten, wenn in der Nähe Polizisten stehen, weil sie dann vielleicht unbehelligt bleiben.

Unsere politischen Bündnispartner_innen

Es sind nicht die Konservativen, schon gar nicht die Nazis, auch nicht die Religionen, häufiger schon die politische Linke aber nicht immer und die Grünen, die Gewerkschaften, die Friedensbewegung, oft die Kulturszene und häufig die Gesellschaftswissenschaften, KollegInnen, Freund_innen und zum Teil die Herkunftsfamilien, die unsere Bündnispartner_innen sein müssten, aber nicht immer sind. Wie binden wir sie ein und wo sollten wir eher vorsichtig sein?

Unsere Bemühungen werden dann erfolgreicher, wenn wir die politischen Parteien in den Parlamenten für unsere Belange interessieren. Das heißt, wir müssen uns sachkundig machen, welche Abgeordnete, Stadträte ect. möglicherweise ansprechbar sind, und mit den entsprechenden Leuten gilt es, ein gutes Gespräch zu führen. Da gibt es natürlich Parteien, von denen wir aus der Geschichte wissen, dass wir die besser nicht ansprechen sollten, weil es keinen Sinn machen würde, oder dass wir von denen auch überhaupt nicht vertreten werden wollen, zum Beispiel weil dies aus verschiedenen Gründen schädlich für uns wäre.

Die Lesben- und Schwulenbewegung tut überhaupt gut daran, sich an keine Partei zu binden, also parteiunabhängig zu sein, aber von außen mit uns wohlgesonnenen Parteien zu paktieren. Wir müssen aber immer darauf bedacht sein, unsere Unabhängigkeit zu behalten, denn es gibt unter so manchen Bündnispartnern das Bestreben, für uns zu sprechen und uns dann zu entmündigen.

Ziel ist uns ja auch vorrangig, über diesen Weg und andere Wege die Behörden zu gewinnen. Erst als der Sozialdezernent und spätere Oberbürgermeister Exner angeordnet hatte, dass unsere Gruppe ebenfalls beim Fest des Jugendamtes „Folklore im Garten“ dabei sein durfte (das ist schon einige Jahre her), akzeptierte man uns. Und dies ging deshalb,

weil wir alle uns einigermaßen genehme Parteien anschrieben und so eine entsprechende Aufmerksamkeit erzeugten. Parteienvertreter_innen können es uns allerdings auch übelnehmen, wenn wir bei konkurrierenden Parteien nachfragen. Also will das alles gut durchdacht sein.

Traditionell haben wir gute Karten bei den Grünen und den Sozialdemokraten, seit es sie gibt auch bei der Linken, bisweilen auch gute Karten bei der FDP, falls wir sie überhaupt brauchen können, selten bei den Unionsparteien.

Die Unionsparteien bedienen ja die konservativ eingestellten WählerInnen, wollen keine im Parlament vertretene Partei rechts neben sich entstehen lassen, sie paktieren auch als christliche Parteien mit den Kirchen, und das macht es ihnen nicht möglich, offen für uns einzutreten, selbst wenn sie es wollten. Dass sie aber auch nicht wollen, höchstens mal so tun, wissen wir aus der Geschichte der Bundesrepublik.

Auch die Modeparteien, z.B. die Piraten, können vielleicht hilfreich sein, wenn sie nicht die einzigen sind, die wir ansprechen.

Mal geht es über persönliche Interventionen Einzelner aus den Parteien, mal um parlamentarische Mehrheiten. Auch das müssen wir sondieren und genau durchdenken.

Wenn zum Beispiel die Unionsparteien im Bundestag ständig gegen uns Politik machen, wie wir durch die Beibehaltung der

Nazigesetze gegen uns und der Verfassungsklage gegen die Verpartnerung und anderes mehr wissen, dann ist es nicht so klug, sie im Landtag oder in der Gemeinde dafür auch noch zu belohnen, indem wir ihre Vertreter einladen, z.B. beim CSD ein Grußwort zu halten, denn das würde uns nicht nur in der Szene lächerlich machen, sondern auch politisch unglaubwürdig.

Die Politik, die für uns maßgeblich ist und die wir zu beeinflussen versuchen, ist im wesentlichen Gesellschaftspolitik, und diese wird ursprünglich auch gar nicht von den Parteien gemacht, sondern von den jeweiligen Interessensverbänden.

Die Parteien spannen sich nur vor den jeweiligen gesellschaftspolitischen Karren, der mehr oder weniger ihrer Couleur entspricht und ihnen gesellschaftlich nützlich sein kann.

Wer sind überhaupt die Interessensverbände? Das sind zum Beispiel die Religionsgemeinschaften, die großen und kleinen Wohlfahrtsverbände, Unternehmerverbände wie die Gewerkschaften, Lobbyverbände sowie mehr oder weniger relevante wirtschaftliche, politische oder sonstige gesellschaftliche Gruppierungen.

Interessant für uns sind auch die Medien, für die wir natürlich etwas Interessantes liefern müssen, damit sie dann etwas zu unseren Gunsten schreiben oder senden.

Wenn dies der Fall sein sollte, hätten wir auch einerseits politische Muskeln gegenüber den Parteien, andererseits Aufmerksamkeit in der eigenen Szene.

Können wir über bestimmte Parteien oder Verbände grundsätzlich sagen, dass sie unsere Verbündeten sind?

Das können wir nicht, weil sich alles Mögliche immer ändern kann, und manchmal kommt es auch auf die betreffenden Personen an, denen wir dort begegnen. Und auf die kommt es besonders dann an, wenn dort hierarchische Strukturen dominieren.

Da können wir schon eher sagen, wer grundsätzlich **nicht** oder **nicht wirklich** unsere Verbündeten sind oder sein können. Das sind die konservativen Parteien und die Traditionsverbände. Auf die trifft

nämlich überall zu, was ich oben über die Unionsparteien geäußert habe.

Nehmen wir zum Beispiel die Frage der Religion. Putins Partei ist gerade dabei, über den Schulterchluss mit der russisch orthodoxen Kirche die Grenze zwischen Staat und Religion aufzuheben, und wir haben doch aus der Geschichte gelernt, dass es uns dann besser gehen kann, dass wir dann relativ unbehelligt leben können, wenn Staat und Kirche getrennt sind, und so die Religion von einer öffentlichen Macht zur privaten Neigung der religiösen Bürger wird.

Das gleiche können wir bei Erdogan in der Türkei beobachten. Durch das Entmachten der Militärführung hat er auch den Kemalismus entmachtet, und das Amt für religiöse Angelegenheiten kontrolliert nun nicht mehr im Auftrag des Staates die religiösen Umtriebe, um die Grenzen zwischen Staat und Religion einzuhalten, sondern es versucht intensiv überall religiöse mit staatlichen Zusammenhängen zu kombinieren, und das auch im Ausland. Solche Entwicklungen sind nicht gerade förderlich für unser unbehelligtes Leben.

Konservative Parteien haben allzu oft fließende Grenzen gegenüber den Rechtsradikalen und gegenüber dem Einfluss der Religionen. Von dieser Seite zu erwarten, sie könnten unsere Bündnispartner sein, heißt wohl, sich absolut zu irren.

Und die Liberalen? Wäre denen grundsätzlich unser Anliegen verständlich? Immerhin sind diese in ihrem Ursprung Radikaldemokraten gewesen, ihr Kampf war gegen Adel und Klerus gerichtet. Aber heute sind sie in unterschiedliche Flügel zerfallen. Bei uns existiert die FDP, die eher wirtschaftsliberal ist, also die Eingriffe des Staates in die Interessen der Wirtschaftsführer vermeiden wollen, mit einigen Ausrutschern in Richtung der Nationalliberalen. Ihrer Propaganda in unsere Richtung folgten nur selten Taten. Und der sozialliberale Flügel existiert dort nicht mehr, die sind damals in die SPD. Die sozialliberale politische Richtung wird gegenwärtig von den Grünen vertreten. Und viele für uns nützliche Reformen wurden von ihnen initiiert, bis hin zum Versuch, die sogenannte Homoehe für uns zu

erreichen, was nicht zuletzt durch die konservativen Eingriffe immer noch nicht zufriedenstellend erreicht werden konnte. Dies konnten die Grünen nur in Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten.

Die Sozialdemokraten und ihre Vorläuferorganisationen, z.B. dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein, hatten sich mit dem Thema Homosexualität zu befassen, als ihr Präsident Johann Baptist von Schweitzer der Homosexualität bezichtigt wurde. Lasalle stellte sich hinter ihn und Marx und Engels waren Gegner der Homosexuellen in der Partei.

Später unterzeichnete August Bebel als erster die Petition zur Abschaffung des § 175 RStGB. Doch als die SPD die Kanonenbootpolitik der Kaisers angreifen wollten, deckten sie Krupps Homosexualität in einem Artikel auf, in dem sie die Abschaffung dieses Paragraphen forderten. Krupp beging Selbstmord und die Kanonenbootpolitik ging dennoch weiter.

Auch später, als die SPD gegen Hitler vorgehen wollte, griff sie Ernst Röhm wegen dessen Homosexualität an, indem sie Texte von ihm veröffentlichte. Die Homophoben unter den Nazis glaubten dies nicht, hielten es für Propaganda, und die Bevölkerung war erstaunt, dass zu diesem Zeitpunkt Hitler dem Röhm den Rücken stärkte. „Er steht zu seinen Leuten“, meinten auch die homosexuellen Hitler-AnhängerInnen. Auch hier wurden Homosexuelle einfach nur politisch funktionalisiert, ohne dass dies einen politischen Erfolg brachte.

Doch es brach, besonders für homosexuelle Männer, in der Hitlerzeit die schlimmste Verfolgung an, die wir aus der Geschichte kennen.

Es kommt geschichtlich der SPD beim Homosexuellentema also auf die Funktionalisierbarkeit an, was nicht unbedingt eine sichere Bündnispolitik für uns ist.

Wir wissen schließlich aus der Geschichte, dass die Kommunisten in den Ländern, in denen sie zur Macht kommen konnten, nicht unbedingt eine Politik machten, die für Lesben und Schwule erträglich war. Dieses in Texten von Marx und Engels belegbare homophobe Grundverhalten, war später, besonders seit Stalin, politisch und juristisch wirksam.

Man könnte nun noch eine ganze Reihe von Parteien nach der Frage abklopfen, ob sie als Bündnispartner von ihrer Geschichte her taugen, aber das bringt überhaupt nichts.

Die Lesben- und Schwulenbewegung tut gut daran, sich nicht auf irgendeine Partei zu verlassen, sondern die Arbeit der Parteien von außen zu betrachten und zu bewerten.

Wir können zusammenfassend vielleicht sagen, dass die Parteien und gesellschaftspolitischen Verbände, die ein strenges hierarchisches Verhältnis von Politik bzw. zum Staat haben, für uns eher Unannehmlichkeiten mit sich bringen und Organisationen, die eher für individuelle Freiheiten und Lebensgestaltung eintreten und dies dann aber auch selber praktizieren, uns inhaltlich näher stehen.

Hinzukommen muss aber auch noch eine gewisse soziale Einfühlung und Gerechtigkeit, weil man als Lesbe und als Schwuler eben doch auch finanziell einen gewissen Spielraum benötigt, um einigermaßen zufriedenstellend leben zu können, denn die Sozialstrukturen sind nicht wirklich für uns gemacht und gehen recht oft an unseren Bedürfnissen vorbei.

Gefahren, die uns durch unsere BündnispartnerInnen drohen können

Es ist wichtig, dass wir auch außerhalb unserer Szene politische und gesellschaftliche BündnispartnerInnen haben, also Organisationen, Strukturen und vor allem Menschen, die uns zubilligen, dass wir so sein können, wie wir nun mal sind. Und genau in diesem Zugestehen oder eben Nicht-Zugestehen droht uns Gefahr.

Uns wird ja bisweilen sogar von den Menschen unserer eigenen Szene nicht zugestanden, welchen Weg jedeR von uns zu beschreiten versucht, um Zufriedenheit und Lebensglück erleben zu können. Manche dieser Wege sind schon anderen unserer Szene völlig unverständlich, können sie nicht nachvollziehen. Aber das darf nicht dazu kommen, dass unsere jeweiligen Bündnispartner_innen und deren Auffassung für ihren jeweiligen Weg, für uns zum Maßstab gemacht werden.

Eine lesbische Frau und ein schwuler Mann leben eben in

verschiedenen Teilen des eigenen Lebens anders als es die heterosexuelle Mehrheit bevorzugt oder gewöhnt ist.

Und dieses anders Sein ist überhaupt kein schlechteres Sein, sondern es ergibt sich aus unserer Lage in der Gesellschaft und ist demzufolge für uns nötig und unser Recht.

Und dass wir oder viele von uns zum Beispiel nicht einen Menschen, sondern bisweilen mehrere Partner_innen gleichzeitig lieben, dass die Altersunterschiede bei uns oftmals größer sind als es in den Medien für das „normale Leben“ vorgegeben ist, dass bei uns oftmals Sex und Liebe nicht unbedingt zusammengehören muss, dass unter uns Menschen leben, die in ihrer geliebten Beziehung überhaupt keinen Sex erleben, während sie vielleicht Sex mit Menschen erleben, die sie ebenfalls oder überhaupt nicht lieben, sondern im wesentlichen heiß begehren, dass für uns diese Zuordnungen, die in der Gesellschaft für selbstverständlich gehalten werden, also nicht unbedingt stimmen müssen, das haben wir in unseren Reihen zu akzeptieren und gegenüber BündnispartnerInnen, die nun unser Anerkennen für ihre Moral einfordern, zu verteidigen.

Wir sind untereinander keine Moralapostel, keine Kindermädchen oder Landgerichtspräsidenten, wir sind Menschen, denen ihr individueller Spielraum lebenswichtig und daher das höchste Gut ist.

Bündnispartner sind es dann, wenn sie für unsere Rechte deshalb eintreten, weil dies aus ihrer Sicht richtig und vernünftig ist und nicht, wenn sie Dankbarkeit dafür erwarten.

„Toleranz sollte eigentlich nur eine vorübergehende Gesinnung sein. Sie muß zur Anerkennung führen. Dulden heißt Beleidigen.“ (Goethe)

Wer uns Bündnispartner ist, kann dafür also nicht erwarten, dass wir uns aus Dankbarkeit irgendwie anpassen usw.

Aber wir können und sollten unseren Bündnispartnern natürlich auch aus freien Stücken und wenn es passt Bündnispartner sein, und dies auch aus eigenem Interesse.

Denn wir brauchen sie immer mal wieder, und daher ist es wichtig, dass es sie gibt, wie es ihnen vielleicht wichtig ist, das es uns gibt. (js)